

**Von:** Detlef Burhoff <newsletter@burhoff.de>  
**Gesendet:** Samstag, 5. Dezember 2020 17:13  
**An:** detlef@burhoff.de  
**Betreff:** Newsletter 30/2020: 33 neuere Entscheidungen online - Schwerpunkt StPO  
- Pflichtverteidigung

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Blog Veröffentlichungen ▾ Bücher ▾ **2 neu** Rechtsprechung ▾ RVG ▾ Service ▾ Bestellung

**Detlef Burhoff**  
**Rechtsanwalt, Richter am OLG a.D.**

**26789 Leer, den 05.12.2020**

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
hallo lieber Newsletter-Bezieher,*

am Nikolaus(vor)abend berichte ich heute über folgende Erweiterungen bzw. Änderungen auf Burhoff online - [www.burhoff.de](http://www.burhoff.de): Eingestellt worden sind in den letzten beiden Wochen folgende 33 neuere Entscheidungen. Der Schwerpunkt lag bei StPO-Entscheidungen, und zwar bei Entscheidungen betreffend Pflichtverteidigung. Im Einzelnen:

### **OWi**

**Fahrverbot, Covid-19-bedingte Härte, Rechtsbeschwerdebegründung, Schuldform, Bußgeldbescheid KG, Beschl. v. 26.08.2020 – 3 Ws (B) 163/20**

1. Dass der Bußgeldbescheid die Schuldform nicht ausdrücklich bezeichnet, steht der Wirksamkeit der Einspruchsbeschränkung in der Regel nicht entgegen, weil in diesem Fall regelmäßig vom Vorwurf fahrlässiger Tatbegehung auszugehen ist.
2. Rügt der Betroffene die Verletzung seines Rechts auf ein faires Verfahren, muss dies durch eine klare Schilderung des Verfahrens geschehen. Unklare oder widersprüchliche Angaben führen zur Unzulässigkeit der Verfahrensrüge.
3. Es ist auch dann nicht rechtsfehlerhaft, auf das Regelfahrverbot zu erkennen, wenn der Betroffene geltend macht, es belaste ihn zurzeit konjunkturbedingt härter (hier: Covid 19).

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5956.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5956.htm)

### **OWi**

**Zitierfehler, StVO 2013  
KG, Beschl. v. 20.10.2020 – 3 Ws (B) 249/20**

Die StVO vom 6. März 2013 (BGBl. I 2013, S. 367) enthält keinen relevanten Zitierfehler.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5955.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5955.htm)

### **OWi**

**Zustellung, Bußgeldbescheid, Verteidiger, rechtsgeschäftliche Zustellungsvollmacht  
OLG Karlsruhe, Beschl. v. 29.10.2020 - 2 Rb 35 Ss 618/20**

Aus der anwaltlichen Versicherung der ordnungsgemäßen Bevollmächtigung durch den Verteidiger ergibt sich nicht die Erklärung, dass der Verteidiger rechtsgeschäftlich zur Empfangnahme von Zustellungen

bevollmächtigt ist.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5954.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5954.htm)

**OWi**

**Elektronisches Gerät, Scanner, Paketauslieferungsfahrer  
OLG Hamm, Beschl. v. 03.11.2020 – 4 RBs 345/20**

Der Scanner eines Paketauslieferungsfahrers ist ein elektronisches Gerät im Sinne von § 23 Abs. 1a StVO.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5932.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5932.htm)

**OWi**

**Standardisiertes Messverfahren, Rohmessdaten, Überprüfbarkeit der Messung  
AG St. Ingbert, Urt. v. 10.11.2020 - 23 OWi 62 Js 1144/20 (2176/20)**

1. In Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten ist eine stark zunehmende Tendenz von spezialisierten ortsansässigen wie auch überörtlichen (online-) Verteidigerbüros zu verzeichnen, Behörden und Gerichte zu "überfluten" mit ausufernden Schriftsätzen und Anträgen (auf Beiziehung diverser Daten und Unterlagen, Akteneinsicht in solche Unterlagen, weitere Beweiserhebungen, Aussetzung der Hauptverhandlung etc.), Widersprüchen zur Verwertung von Beweismitteln (z.B. den Messfotos) sowie Vorlage von sog. Sachverständigengutachten, womit die Ordnungsgemäßheit von Messverfahren und Messungen in Frage gestellt werden soll, dies selbst bei geringfügigen Geldbußen.
2. Durch die Vorlage solcher Schriftsätze und Anträge – in zahlreichen Verfahren immer wieder uniform gleichlautend abgefasst, teils auch mit unzutreffenden oder irreführenden Zitaten aus der Rechtsprechung – sowohl gegenüber der Verwaltungsbehörde (oft verbunden mit einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 62 OWiG) wie auch gegenüber dem Gericht (vor und in der Hauptverhandlung) wird faktisch ein regulärer Geschäftsbetrieb erschwert, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Verfahren mit angemessenem Aufwand in angemessener Zeit angesichts kurzer Verjährungsfrist von absolut 2 Jahren – ab Tattag - erledigt werden müssen.
3. Diese "Strategie" steht in diametralem Kontrast zu Sinn und Zweck des sog. standardisierten Messverfahrens nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs – gerade für den Bereich der massenhaft vorkommenden Verkehrsordnungswidrigkeiten mit vergleichsweise geringfügigen Sanktionen – und würde dazu führen, müsste all diesen Anträgen ernsthaft nachgegangen werden, dass Verkehrsverstöße nicht mehr effektiv ermittelt und sanktioniert werden könnten, was eine erhebliche Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit zur Folge hätte.
4. Die derart erwarteten Anforderungen an die Rechtsstaatlichkeit von Verfahren und den vermeintlich erforderlichen Grundrechtsschutz von Betroffenen erscheinen angesichts weltweit wohl höchsten Standards der Messgeräte und Messverfahren überspannt entgegen der hierzu einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (zum Strafverfahren): Müsste das Gericht allen Anträgen des Angeklagten auf weitere Sachaufklärung nachgehen, gewänne der Angeklagte einen Einfluss auf Dauer und Umfang des Verfahrens, der über das zu seiner Verteidigung Gebotene hinausginge und dazu führen könnte, dass die rechtsstaatlich geforderte Beschleunigung des Strafverfahrens ernstlich gefährdet wäre (BVerfG, Kammerbeschluss vom 6. August 2003 - 2 BvR 1071/03).
5. Hier könnte ein Einschreiten des Gesetzgebers für Klarheit sorgen, durch unmissverständliche Richtlinien festzuschreiben, welcher Daten und Dokumente es zur Ermittlung und Sanktionierung

von Verkehrsverstößen bedarf, um einer uneinheitlichen Handhabung, wie sie in der Praxis vorkommt, entgegenzuwirken.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5933.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5933.htm)

## **OWi**

### **Verfolgungsverjährung, Fristberechnung**

**AG Hermeskeil, Beschl. v. 14.08.2020 – OWi 8112 Js 854/20**

Auf die Verfolgungsverjährung sind die Regelungen zur Fristberechnung aus §§ 42, 43 StPO nicht anwendbar.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5934.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5934.htm)

## **StPO**

### **Anforderungen Verfahrensrüge, Berufungsverwerfung, Vertretervollmacht**

**BayObLG, Beschl. v 09.10.2020 - 202 StRR 94/20**

1. Die Anforderungen des § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO gelten ungeschmälert auch für die Beanstandung, die Berufung sei zu Unrecht nach § 329 Abs. 1 Satz 1 StPO verworfen worden. Denn bei den Voraussetzungen des Verwerfungsurteils handelt es sich nicht um Verfahrensvoraussetzungen im eigentlichen Sinne, die bereits auf die Sachrüge hin vom Revisionsgericht von Amts wegen zu prüfen sind. Von der Revision sind deshalb lückenlos all die Tatsachen vorzutragen, die das Ausbleiben des Angeklagten ausreichend entschuldigen, oder die zeigen sollen, dass die Voraussetzungen des § 329 Abs. 1 Satz 1 StPO sonst nicht gegeben waren.
2. Beanstandet die Revision, dass dem der deutschen Sprache nicht mächtigen Angeklagten die Ladung zum Termin mit der Belehrung über die Möglichkeit der Berufungsverwerfung für den Fall seines Nichterscheinens nur in deutscher Sprache zugestellt wurde, weshalb sein dortiges Ausbleiben mangels wirksamer Ladung als entschuldigt zu werten sei, setzt die insoweit nach § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO gebotene Verfahrensrüge (auch) Ausführungen dazu voraus, ob und gegebenenfalls in welcher Form der Angeklagte bei Verkündung des Urteils erster Instanz nach § 35a Satz 2 StPO belehrt worden ist.
3. Die besondere Vertretungsvollmacht i.S.d. § 329 Abs. 2 Satz 1 StPO des zur Berufungshauptverhandlung erschienenen Pflichtverteidigers ergibt sich auch dann nicht allein aus seiner bloßen Beiordnung, wenn es sich bei dem Verteidiger um den vormaligen Wahlverteidiger des Angeklagten mit ehemals ausdrücklich erteilter Vertretungsvollmacht handelt.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5952.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5952.htm)

## **StPO**

### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung**

**LG Erfurt, Beschl. v. 11.11.2020 - 7 Qs 199/20**

Eine rückwirkende Pflichtverteidigerbestellung ist im Hinblick auf die ab dem 13.12.2019 in Kraft getretene Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung zumindest in den Fällen für möglich, in denen der Antrag auf Beiordnung rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens gestellt wurde, die Voraussetzungen für eine Beiordnung gemäß § 140 Abs.1 und Abs. 2 StPO vorlagen und eine Entscheidung durch interne Vorgänge unterblieben ist, auf die ein Außenstehender keinen Einfluss hatte.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5944.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5944.htm)

## **StPO**

### **Pflichtverteidiger, keine rückwirkende Bestellung**

**LG Ansbach, Beschl. v. 09.11.2020 - 3 Qs 48/20**

Die nachträgliche Beordnung eines Pflichtverteidigers ist auch nach neuem Recht nicht zulässig.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5943.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5943.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung**

**AG Tiergarten, Beschl. v. 08.10.2020 - (329 Gs) 282 Js 599/20 (49/20)**

Im Hinblick auf die Intention des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung (vgl. BT-Drs. 19/13829 sowie BT-Drs. 19/15151) ist eine rückwirkende Bestellung veranlasst, sofern der Antrag rechtzeitig gestellt und dem Erfordernis der Unverzüglichkeit der Beordnung nicht genügt ist.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5942.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5942.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung**

**AG Karlsruhe, Beschl. v. 12.11.2020 – 2 Gs 3/20**

Eine rückwirkende Pflichtverteidigerbestellung ist im Hinblick auf die ab dem 13.12.2019 in Kraft getretene Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung in den Fällen möglich, in denen der Antrag auf Beordnung rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens gestellt wurde, die Voraussetzungen für eine Beordnung gemäß § 140 Abs.1 und Abs. 2 StPO vorlagen und eine Entscheidung durch interne gerichtliche Vorgänge unterblieben ist.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5941.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5941.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung**

**AG Düsseldorf, Beschl. v. 9.11.2020 - 152 Gs 1822/20**

Eine rückwirkende Bestellung des Pflichtverteidigers ist zulässig, sofern der Antrag rechtzeitig gestellt und der Beschuldigte zu dem Zeitpunkt hätte beigeordnet werden müssen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5940.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5940.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, keine rückwirkende Bestellung**

**LG Halle, Beschl. v. 07.10.2020 - 3 Qs 109/20**

Zur Frage der nachträglichen Beordnung eines Pflichtverteidigers.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5946.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5946.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, keine rückwirkende Bestellung**

**LG Halle, Beschl. v. 18.11.2020 - 3 Qs 109/20**

Eine rückwirkende Pflichtverteidigerbestellung kommt nicht in Betracht, wenn der Beschuldigte auf eine rechtzeitige Bestellung hätte Einfluss nehmen können.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5947.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5947.htm)

#### **StPO**

##### **Keine rückwirkende Pflichtverteidigerbestellung, Unverzüglichkeit**

**LG Freiburg, Beschl. v. 04.11.2020 - 16 Qs 62/20**

Zur rückwirkenden Bestellung eines Pflichtverteidigers und zur Unverzüglichkeit der Entscheidung.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5948.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5948.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, Unverzüglichkeit, rückwirkende Bestellung LG Bochum, Beschl. v. 18.09.2020 - II-10 Qs-36 Js 596/19 – 6/20**

1. Unverzüglich i.S.d. §§ 141 Abs. 1, 142 Abs. Satz 2 StPO bedeutet, dass die Pflichtverteidigerbestellung zwar nicht sofort, aber doch so rechtzeitig zu erfolgen hat, dass die Verteidigungsrechte gewahrt werden. Grundsätzlich ist hierunter eine Prüfungs- und Überlegungsfrist von einer, maximal zwei Wochen zu verstehen.
2. Wenn ein Fall der notwendigen Verteidigung vorliegt, ein Antrag auf Beiordnung gem. § 141 Abs. 1 1 StPO n.F. rechtzeitig gestellt und das Erfordernis der Unverzüglichkeit der Bestellung nicht beachtet wurde, kann jedenfalls nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung ausnahmsweise auch nach Einstellung des Verfahrens noch eine Pflichtverteidigerbestellung erfolgen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5945.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5945.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung, Niederlegung des Wahlmandats LG Würzburg, Beschl. v. 10.11.2020 - 6 Qs 197/20**

1. Die Beiordnung eines Pflichtverteidigers kommt nur in Betracht, wenn der Beschuldigte keinen Verteidiger hat.
2. Die nachträgliche Beiordnung eines Pflichtverteidigers ist auch nach neuem Recht nicht zulässig.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5951.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5951.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung, verzögerte Entscheidung LG Halle, Beschl. v. 10.8.2020 - 10a Qs 84/20**

Eine rückwirkende Pflichtverteidigerbestellung kommt nicht in Betracht, wenn über den Beiordnungsantrag nicht verzögert entschieden worden ist.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5949.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5949.htm)

#### **StPO**

##### **Pflichtverteidiger, rückwirkende Bestellung LG Osnabrück, Beschl. v. 16.11.2020 - 1 Qs 47/20**

Die nachträgliche Beiordnung eines Pflichtverteidigers ist auch nach neuem Recht nicht zulässig.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5950.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5950.htm)

#### **StPO**

##### **Besetzungseinwand, Statthaftigkeit im Bußgeldverfahren OLG Köln, Beschl. v. 01.10.2020 – 2 Ws 534/20**

Die Vorschriften der §§ 222a, 222b StPO gelten nicht, wenn das LG erstinstanzlich mit einem Bußgeldverfahren befasst ist.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5939.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5939.htm)

## **StPO**

### **Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis, Rechtsmittel KG, Beschl. v. 19.10.2020 - 3 Ws 241/20**

1. Die Entscheidung des Landgerichts, das rechtsirrig annimmt, der Beschuldigte habe Beschwerde eingelegt, wird dadurch nicht zu einer — der weiteren Anfechtung entzogenen — Beschwerdeentscheidung.
2. Die Erklärung eines Verfahrensbeteiligten gilt nicht erst dann als Beschwerde, wenn sie subjektiv als Beschwerde gemeint war, sondern bereits dann, wenn sie aufgrund einer vertretbaren Auslegung des Gerichts als Beschwerde gelten kann.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5931.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5931.htm)

## **StPO**

### **Fahren ohne Fahrerlaubnis, Anklage Umgrenzungsfunktion OLG Celle, Beschl. v. 05.10.2020 - 3 Ss 42/20**

Die Rechtsprechung, nach der die Anklageschrift in bestimmten Fällen von Serienstraftaten bereits dann ihre Umgrenzungsfunktion erfüllt, wenn sie den Verfahrensgegenstand durch den zeitlichen Rahmen der Tatserie, die Nennung der Höchstzahl der innerhalb dieses Rahmens begangenen Taten, das Tatopfer und die wesentlichen Grundzüge des Tatgeschehens bezeichnet, hat Ausnahmecharakter und ist nicht auf Fälle des Fahrens ohne Fahrerlaubnis übertragbar.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5930.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5930.htm)

## **StPO**

### **Effektiver Rechtsschutz, Wirksamkeit der Zustellung, Pflichtverteidigerbestellung BVerfG, Beschl. v. 05.10.2020 – 2 BvR 554/20**

1. Der Anspruch auf effektiven Rechtsschutz sowie auf rechtliches Gehör ist verletzt, wenn das Gericht einen Einspruch gegen einen Strafbefehl ohne hinreichende Prüfung als verfristet behandelt, obschon sich Zweifel an der Verhandlungsfähigkeit des Angeschuldigten im Zeitpunkt der Zustellung des Strafbefehls und damit an der Wirksamkeit der Zustellung aufdrängen.
2. Zudem ist der Anspruch auf ein faires Verfahren verletzt, wenn die Fachgerichte trotz sich aufdrängender Zweifel an der Verhandlungsfähigkeit des Angeschuldigten von der Bestellung eines Pflichtverteidigers (§§ 140 ff StPO) absehen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5929.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5929.htm)

## **StGB/Nebengebiete**

### **Straßenverkehrsgefährdung, körperlicher Mangel, Sekundenschlaf, erforderliche Feststellungen AG Düsseldorf, Beschl. v. 16.11.2020 – 150 Gs 2091/20**

Für die zumindest fahrlässige Verkennung eines körperlichen Mangels gemäß § 315c Abs. 1 Nr. 1b StGB genügt allein die Tatsache, dass der Fahrer am Steuer eingeschlafen ist, nicht. Vielmehr bedarf es der Feststellung, dass dieser mit hoher Wahrscheinlichkeit derart übermüdet war, dass er jederzeit mit dem Eintritt eines Sekundenschlafs rechnen musste.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5953.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5953.htm)

## **StGB/Nebengebiete**

### **Diebstahl von Ausweispapieren, Urkundenunterdrückung, Täter-Opfer-Ausgleich OLG Hamm, Urt. v. 22.09.2020 – 5 RVs 63/20**

1. Die Wegnahme einer Geldbörse in dem Wissen, dass sich darin Personalpapiere befinden könnten, indiziert nicht die von § 274 StGB vorausgesetzte Nachteilszufügungsabsicht.

2. Zu den Voraussetzungen des Täter-Opfer-Ausgleichs gemäß § 46a StGB.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5924.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5924.htm)

#### **Verwaltungsrecht**

##### **Fahrtenbuchauflage, Unmöglichkeit der Fahrerermittlung, angemessene Maßnahmen VG Saarland, Urt. v. 11.11.2020 – 5 K 715/20**

1. Wird einem Fahrzeughalter ein Zeugenanhörungsbogen mit einem gut erkennbaren Beweisfoto übersandt, reicht es zur Erfüllung der Mitwirkungspflicht nicht aus, in einer Datei nachzuschauen, wer sich das Fahrzeug auf dem Papier ausgeliehen hat.
2. Handelt ein Mitarbeiter des Fahrzeughalters an dessen Stelle, ist dem Halter die Pflichtverletzung zuzurechnen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5959.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5959.htm)

#### **Verwaltungsrecht**

##### **Fahrfahreignungsmangel, Alkoholmissbrauch, Atemalkoholmessung OVG Saarland, Beschluss vom 15.07.2020 – 1 B 173/20**

Zum Einzelfall eines in sich nicht schlüssigen medizinisch-psychologischen Gutachtens über die angeblich fehlende Fähigkeit des Probanden, Alkoholkonsum und das Führen von Fahrzeugen zuverlässig zu trennen.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5960.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5960.htm)

#### **Zivilrecht**

##### **Verkehrsunfall, Bushaltestelle, Umfang des Halteverbots LG Saarbrücken, Urt. v. 13.11.2020 – 13 S 92/20**

Das Haltverbot an Bushaltestellen nach § 41 Abs. 1 StVO i.V.m. Zeichen 224 (Anl. 2) betrifft nicht nur die Fahrbahn der Haltestelle, sondern auch den angrenzenden Seitenstreifen, um neben dem Schutz der ein- und aussteigenden Fahrgäste auch ein gefahrloses Ein- und Ausfahren seitlich ausschwenkender Busse zu gewährleisten.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5938.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5938.htm)

#### **Zivilrecht**

##### **Abbiegeunfall, Kollision Straßenkreuzung, Haftungsverteilung LG Saarbrücken, Urt. v. 03.07.2020 - 13 S 34/230**

Zur Haftungsverteilung bei einer Kollision im Einmündungsbereich einer Straßenkreuzung zwischen einem von der untergeordneten Straße einbiegenden und einem erst kurz vor der Kreuzung vom Fahrbahnrand auf die bevorrechtigte Straße angefahrenen Fahrzeug, wenn die ernsthafte Möglichkeit besteht, dass beide Unfallbeteiligte zeitgleich losgefahren sind.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5937.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5937.htm)

#### **Gebühren**

##### **Zusätzliche Verfahrensgebühr, Einstellung nach § 154 StPO, Mitwirkung des Verteidigers, Einlassungsverhalten AG Nürnberg, Beschl. v. 17.11.2020 - 59 Gs 4066/20**

Eine zusätzliche Verfahrensgebühr entsteht nicht, wenn das Gericht ungeachtet einer vom Verteidiger vorgetragenen Einlassung des Angeklagten das Verfahren nach § 154 StPO wegen einer zu erwartenden Strafe in einem anderen Verfahren einstellt.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5958.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5958.htm)

### Gebühren

**Pauschgebühr, Revisionsverfahren, besonderer Umfang, besondere Schwierigkeit, Kompensation OLG Hamm, Beschl. v. 27.10.2020 - 5 RVGs 61/20**

Zur besonderen Schwierigkeit und zum besonderen Umfang im Revisionsverfahren.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5957.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5957.htm)

### Gebühren

**Vernehmungsterminsgebühr, Explorationsgespräch, Sachverständiger LG Hamburg, Beschl. v. 13.10.2020 – 601 Qs 28/20**

Die Vorschrift der Nr. 4102 VV ist entsprechend anwendbar (hier: Explorationsgespräch mit einem Sachverständigen).

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5936.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5936.htm)

### Gebühren

**Einziehung des Führerscheinformulars, zusätzliche Verfahrensgebühr, Rücknahme des Einspruchs AG Freiburg, Ur. v. 06.11.2020 - 4 C 1193/20**

1. Wird der Einspruch gegen den Strafbefehl nachträglich, nachdem der Einspruch zunächst auf die Höhe des Tagessatzes beschränkt war, insgesamt zurückgenommen, fällt die entstandene Gebühr Nr. 4141 Anm. 1 Nr. 4 VV RVG nicht weg.
2. Für die Einziehung des Führerscheinformulars entsteht die Gebühr Nr. 4142 VV RVG.

[https://www.burhoff.de/asp\\_weitere\\_beschluesse/inhalte/5935.htm](https://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/5935.htm)

Der **Werbeblock** enthält dann folgende **Hinweise** -

noch ist es ja Zeit für einen vorweihnachtlichen Bücherkauf :-)

An der Spitze zwei Hinweise auf **Neuerscheinungen Anfang 2021**:

Ich beginne mit:

**Burhoff/Volpert: RVG Straf- und Bußgeldsachen, 6. Aufl. 2021.**

Wer die Veröffentlichungen ein wenig verfolgt, wird sicherlich schon auf das Werk gewartet haben. Wir haben auch gewartet, und zwar auf das KostRÄG 2021. So, wie es aussieht, wird das aber nun wohl zum 1.1.2021 kommen. Es gab zwar ein wenig Störfeuer aus dem Finanzausschuss des Bundesrat, das hat sich aber im Plenum nicht fortgesetzt. Man hat das Werk inzwischen ohne die Verschiebung des Inkrafttretens auf den 1.1.2023 passieren lassen. Inzwischen hat auch der Bundestag das Gesetz verabschiedet, so dass nur noch eine weitere Beratung am 18.1.2020 im Bundesrat aussteht. Man kann davon ausgehen, dass das Gesetz zum 1.1.2021 in Kraft treten wird. Wir stehen Gewähr bei Fuß und werden die Druckmaschinen dann anwerfen, wenn die Änderungen im BGBl verkündet sind.

Wie immer: Man kann **vorbestellen**, und zwar hier auf der **Bestellseite** meiner Homepage. Danach muss man dann nichts mehr tun. Das Werk kommt automatisch nach Erscheinen Anfang 2021.







Und als **zweite Neuerscheinung** wird es dann ebenfalls am Anfang des Jahres 2021 geben:

**Burhoff (Hrsg.) Handbuch für das straßenverkehrsrechtliche OW-Verfahren, 6. Aufl. 2021.**

Die Neuerscheinung liegt einigermaßen im Turnus, da hat uns nur Corona ein wenig Verzögerungen gebracht. Aber jetzt sollte es laufen. Wie immer: Aktualisiert und erweitert. Das ein oder andere hat sich dann ja nach Erscheinen der 5. Auflage doch getan in dem Bereich.

Und natürlich kann man auch dieses Werk **vorbestellen**, und zwar hier auf der **Bestellseite** meiner Homepage. Danach muss man dann ebenfalls nichts mehr tun. Das Werk kommt automatisch nach Erscheinen.

Aus dem lieferbaren Programm dann der Hinweis auf: **Burhoff/Grün, Messungen im Straßenverkehr**, unser Klassiker zu den Messverfahren, der Ende 2019 in der 5. Auflage **erschienen** ist. Das (aktuelle) Werk enthält insbesondere eine ausführliche Darstellung der Technik der einzelnen Messverfahren.

Der Preis beträgt für das "1a-Exemplar" 104 EUR. Inzwischen werden aber auch von dem Werk sog. **Mängelexemplare**, die weitgehend aus Retouren stammen, angeboten. Der Preis beträgt dann nur **78,90 EU**. Zum **Bestellformular** geht es hier.

Zu dem Werk gibt es auch erste, recht gute Rezensionen, die Sie **hier** finden.



Es gibt dann beim ZAP-Verlag immer auch noch eine **Sonderaktion**. Und zwar werden vom Verlag die von **Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 8. Auflage, 2019**, und von **Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 9. Auflage, 2019**, angefallenen Mängelexemplare verkauft. Dabei handelt es sich in der Regel um Bücher aus sog. Retouren, die aufgrund der Rücksendung nicht mehr als "1a-Ware" verkauft werden können. In den Büchern steht alles drin, sie haben nur ggf. kleinere Beschädigungen am Einband, keinen Schutzumschlag mehr usw.

Die Bücher werden **preisreduziert** verkauft, und zwar das **Ermittlungsverfahren** für **96,90 EUR** und die **Hauptverhandlung** für **89,90 EUR** anstatt des regulären Preises. Also immerhin eine Ersparnis von jeweils rund 30 EUR/Exemplar. Da sollte man ggf. zuschlagen und sich ggf. selbst ein Geschenk machen..

Man kann die Bücher natürlich bei mir bestellen. Die Anzahl der Exemplare ist begrenzt, so dass der Satz gilt: Wer zuerst/bald kommt, der mahlt zuerst. Oder: **Schnäppchen sichern**.

Einfach mal beim **Bestellformular** schauen.

Aus dem **strafrechtlichen Angebot** weise ich dann auch noch einmal hin auf:

Burhoff/Kotz (Hrsg.) Handbuch für die strafrechtlichen **Rechtsmittel** und Rechtsbehelfe, 2. Auflage, und auf

Burhoff/Kotz (Hrsg.) Handbuch für die strafrechtliche **Nachsorge**.

**Beide Bücher** sind derzeit als "1a-Ware", aber auch als sog. **Mänglexemplare**, also Exemplare aus Retouren, lieferbar. Das gilt auch für das "Burhoff Paket 2", das aus diesen beiden Büchern besteht. Das "Mängel-Paket" kostet nur 132,90 EUR, die **Ersparnis** gegenüber dem Einzelbezug der beiden Bücher liegt damit bei fast **100 EUR**.



Einfach auch hier mal beim **Bestellformular** schauen.

Und last but not least:

Ich weise auch noch einmal hin auf das **Komplettpaket Strafrecht**, das alle meine vier Handbücher beinhalten, also:

**Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 8. Auflage, Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 9. Auflage, 2019,**

**Burhoff/Kotz (Hrsg.) Handbuch für die strafverfahrensrechtlichen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe, 2. Aufl.**

**Burhoff/Kotz (Hrs.) Handbuch für die strafrechtliche Nachsorge.**



Der Preis für alle vier Werke beträgt 299,- EUR, die **Ersparnis** gegenüber dem Einzelbezug als **176,- EUR**.

Einfach mal beim **Bestellformular** schauen.



Und dann auch noch einmal der Hinweis auf die vom Kollegen Marc N. Wandt herausgegebene "**Festschrift zum 70. Geburtstag von Detlef Burhoff**", die im August im ZAP-Verlag erschienen und über meine Homepage käuflich zu erwerben ist.

Allerdings leider nicht als Printausgabe, die 1. Auflage ist vergriffen. Die Festschrift wird auch als Print nicht noch einmal neu aufgelegt.

Zu beziehen ist aber ein Ebook/eine PDF-Ausgabe, und zwar zum Preis von **29,90 EUR**. Bestellungen kann man ganz einfach auf der Homepage beim **Bestellformular** aufgeben.

Die Festschrift enthält interessante Beiträge zum Verfahrensrecht, über die man sich auf meiner Homepage näher informieren kann.

Beim **Bestellformular** kann man natürlich auch meine **übrigen Werke** - und natürlich auch weitere Bücher, ggf. auch Mängelexemplare -, bestellen oder vorbestellen. Ich gehe, wenn nichts anderes vermerkt ist, bei eingehenden Bestellungen davon aus, dass Mängelexemplare gewünscht sind, wenn die angeboten werden. Ich bitte um Verständnis, dass für die Lieferungen aus den Sonderangeboten aber **kein Rückgaberecht** besteht.

Und dann auch noch einmal der Hinweis auf das **neuere Produkt** im Anwalt-/ZAP-Verlag, auf das ich ja auch schon in früheren Newslettern hingewiesen hatte, nämlich der Hinweis auf:



Bei diesem neuen "Produkt" - dieser neuen "Plattform" - handelt es sich um eine **neue Online-Bibliothek** des ZAP-/Anwalt-Verlages, in der rund 150 Bücher online stehen. Nun ja, wird der ein oder andere sagen, das ist ja nichts Neues, das kennen wir ja schon. Das mag sein. Aber: Für mich (und meine Werke) ist das neue Baby des ZAP-Verlages vor allem deshalb interessant, weil damit endlich auch die **Handbücher Ermittlungsverfahren** und **Hauptverhandlung** beim ZAP-Verlag **mobil fähig** sind und Strafrechtler in diesen im Verfahren endlich ohne WLAN hinter dicken Gerichtsmauern im Saal live recherchieren können. Ohne Kilo weise Buchballast in der Tasche, was ja immer wieder "bemängelt" worden ist.

Wer sich über **Anwaltspraxis Wissen** näher informieren will, kann das online unter **Anwaltspraxis Wissen** tun. Man kann vier verschiedene Module mit bis zu 150 frei geschalteten Büchern bestellen. Die Online Bibliothek kann man im PC im Browser nutzen und auf iOS und Android Mobilgeräten (Smartphones und Tablets). Und: **Mobile Apps** gibt es inzwischen auch.

**Mit besten Grüßen  
und: Gesund bleiben.**

**Rechtsanwalt Detlef Burhoff, RiOLG a.D.**

Wenn Sie diese E-Mail (an: [detlef@burhoff.de](mailto:detlef@burhoff.de)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

RiOLG a.D.  
Rechtsanwalt Detlef Burhoff,  
Nessestraße 26  
26789 Leer  
Deutschland

049197673846  
[newsletter@burhoff.de](mailto:newsletter@burhoff.de)